

Gemeinde macht die Faust im Sack

Reinach. Verzicht auf Rekurs

BaZ 12.3.2009

ALAN CASSIDY

Obwohl klar sei, dass Baudirektor Jörg Krähenbühl (SVP) seine Ausstandspflicht verletzt habe, will der Gemeinderat keine rechtlichen Schritte gegen den Regierungsbeschluss zur Kap-Haltestelle unternehmen.

Gemeindepräsident Urs Hintermann ist resigniert. Am Dienstagabend hat der Reinacher Gemeinderat entschieden, auf einen Rekurs gegen den umstrittenen Regierungsbeschluss zur Kap-Haltestelle zu verzichten. Auch ein neues, unabhängiges Gutachten will die Gemeinde nicht einholen. «Das würde jetzt alles nichts mehr helfen», sagt Hintermann. Im Gegenteil: Die seit zwei Jahren blockierte Umgestaltung der Hauptstrasse würde durch rechtliche Schritte bloss noch weiter verzögert – und zu noch höheren Kosten führen. «Das können wir uns nicht leisten», sagt der Gemeindepräsident.

Der Ärger über das Vorgehen der Regierung ist in Reinach jedoch nicht verfliegen. Für Hintermann ist klar: Was Regierungsrat Jörg Krähenbühl beim Streit um die Tramhaltestelle geboten habe, sei «schlechter politischer Stil». Der Baudirektor habe seine Ausstandspflicht klar verletzt. Diese Einschätzung teile auch der ehemalige Baselbieter Kantonsgerichtspräsident Peter Meier.

VERHANDLUNGEN. Hintermann will jetzt aber «nach vorne blicken», wie er sagt. «Wir müssen nun verhandeln.» Bereits am nächsten Dienstag trifft sich der Gemeinderat mit Regierungsrätin Sabine Pegoraro (FDP), um das weitere Vorgehen zu besprechen. Dabei soll es darum gehen, ein konkretes Projekt für das von der Regierung beschlossene Modell einer Zeitinsel mit Lichtsignalanlage zu erarbeiten. Für dieses hat sich die Regierung entschieden, weil es angeblich sicherer sei als eine Kap-Haltestelle. Hintermann: «Sicherer ist diese Variante nur, wenn man dafür eine Reihe von Parkplätzen aufhebt.» Tue dies die Regierung nicht, würde sie ihre eigene Begründung für die Wahl des Zeitinsel-Modells infrage stellen.

ANGST UM BUNDESGELD. Wichtig ist dem Reinacher Gemeinderat jetzt vor allem eines: Er hofft, dass der Bund die Anfang Jahr in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung nicht zurückzieht. 40 Prozent hätte dieser zur geschätzt 20 Millionen Franken teuren Umgestaltung der Hauptstrasse beisteuern wollen. «Es besteht durchaus die Gefahr, dass diese Beiträge wegfallen könnten», sagt Hintermann. Schliesslich sei die Kap-Haltestelle fester und zentraler Bestandteil des Projekts gewesen. Die Ausarbeitung eines konkreten Bauprojekts liegt jetzt bei der kantonalen Sicherheitsdirektion. Diese hat das Dossier von Krähenbühls Baudirektion übernommen, nachdem Krähenbühl wegen persönlicher Befangenheit in den Ausstand treten musste.